

## Auch Nationalrat beschliesst Aufhebung der Kavallerie

Zustimmung zu einer Nachsubvention der Nebenstrassen und zur Erweiterung der Exportrisikogarantie

Am Dienstagvormittag fand der Nationalrat die Differenzvereinbarung bei der Aenderung der Truppenordnung — Umrüstung der Kavallerie zu den Mechanisierten Truppen — als Mittel- und Schwerpunkt auf seiner Traktandenliste vor. Zunächst hatte er sich jedoch mit einigen kleineren Geschäften zu befassen. So vorerst mit einer Nachsubvention für die in den Jahren 1964 bis 1969 gebaute Nufenen-Strasse in der Höhe von 4,85 Mio Fr. Die Kosten der Strasse waren auf 10,44 Mio Fr. veranschlagt, doch ergaben sich Mehrkosten von 3,1 Mio Fr. auf Grund der Teuerung und von 3,36 Mio Fr. wegen geologisch bedingter Projektänderungen, so dass die Gesamtkosten schliesslich 16,9 Mio Fr. betragen. Die Nachsubvention soll zu 2,7 Mio Fr. an den Kanton Tessin und zu 2,15 Mio Fr. an den Kanton Wallis gehen. Der Rat bewilligte die Nachsubvention nach kurzer Orientierung mit 108:0 Stimmen.

Es folgten einige schriftlich begründete und beantwortete persönliche Vorstösse. Dabei wurde ein Postulat Müller (CVP, LU) betr. Einbau des Sprachheilunterrichts in die Invalidenversicherung als inzwischen realisiert abgeschlossen, eine Motion Brosi (SVP, GR) betr. Erlass eines Gesetzes für langdauernde und chronische Krankheiten als Postulat, ein Postulat von Frau Ribl (FDP, ZH) betr. Ausbau der Lebensmittelkontrolle und eine Motion Riesen (SPS, FR) betr. Ausrichtung von Bundesbeiträgen an die Kantone für die Nationalstrassen-Unterhaltskosten als solche überwiesen.

Mehr zu reden gab dann die vom Bundesrat beantragte

### Aenderung des Bundesgesetzes über die Exportrisikogarantie,

obwohl sich die Novelle nur auf die Aufhebung der bisherigen Selbstkostenklausel zur wirksamen Deckung von Währungsrisiken — die im Zeichen weltweiter Währungsunruhen zugenommen haben — bezog. Als Kommissionsreferenten wiesen Weber (FDP, SZ) und Felber (SPS, NE) darauf hin, dass die meisten westeuropäischen Länder eine weitgehende Deckung der Währungsrisiken kennen, so dass die beantragte Gesetzesrevision lediglich eine annähernde Gleichstellung unserer Exportindustrie mit ihren ausländischen Konkurrenten bedeute und ihr einigermaßen gleich lange Spiesse verschaffen wolle. Dem Bund werde daraus kaum eine Mehrbelastung entstehen, da bisher die Gebühren die Verluste nicht nur deckten, sondern sogar die Bildung einer Reserve von 144 Mio Fr. erlaubten. Die Kommission beantragte einmütig Eintreten und Zustimmung.

Sogleich meldete sich Opposition in Form eines von Reich (Rep. ZH) eingereichten Nichteintretensantrages. Das Argument, der Ausbau der Exportrisikogarantie erscheine angesichts der Konjunkturlage als schizopren und als unmotivierte Privilegierung einer Wirtschaftsguppe, wurde indessen nur von Braem (Rep. ZH) und Schmid (SPS, SG) teilweise unterstützt. Als an der Exportrisikogarantie interessierter Maschinenindustrieller stellte Rüegg (FDP, ZH) fest, dass der Bund höchstens 65 bis 75 Prozent der Risiken decke und bisher keine gefährlichen Risiken einging, während Konkurrenzländer erheblich weiter gehen. Tschopp (CVP, BL) bezifferte die in 40 Jahren ausbezahlten Garantiesummen auf 11 Mio Fr. und bestätigte, dass aus den überschüssigen Gebühren der Exportindustrie eine Reserve von 144 Mio Fr. gebildet wurde, die in der Bundeskasse liege und nicht verzinst werde. Zudem werde die Garantie nur für 8 Prozent der gesamten Exporte beansprucht und überdies würden zu riskante Garantiegesuche regelmässig abgelehnt. Auch Villard (SPS, BE) wandte sich gegen Reich, wobei er auf die Erfahrungen in der Uhrenindustrie verwies.

Bundesrat Brugger würdigte den offensichtlichen Erfolg der aus Krisenerfahrungen entstandenen Exportrisikogarantie, die man jetzt nicht leichtfertig in Frage stellen sollte. Denn es sei zu beachten, dass z. B. Deutschland und Oesterreich als wichtige Konkurrenten Garantien bis zu 100 Prozent leisten. Auch könne niemand die langfristige Exportentwicklung sicher beurteilen — und vielleicht hätten wir die besten Jahre bereits hinter uns. Jedenfalls liessen sich die Handelsbeziehungen zu den Entwicklungsländern — die

60 bis 70 Prozent der Garantien beanspruchen — nur auf dieser Basis weiter ausbauen, und daran seien nicht nur Grossfirmen, sondern auch zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe beteiligt.

Der Rat folgte dieser Argumentation und beschloss mit 130:8 Stimmen Eintreten, worauf die Revision in der Gesamtabstimmung mit 125:8 Stimmen gutgeheissen wurde.

### Wieder Attacken pro und kontra Kavallerie

Bekanntlich hat der Nationalrat in der Herbstsession nach einer dreitägigen Redeschlacht am 2. Oktober zuerst mit 95:63 Stimmen grundsätzlich die Abschaffung der Kavallerie abgelehnt und dann mit 120:41 Stimmen die Beibehaltung von 12 (von bisher 18) Schwadronen beschlossen. Im Gegensatz dazu beschloss der Ständerat in der vergangenen Woche gemäss Antrag des Militärdepartements mit 26:15 Stimmen, die Kavallerie abzuschaffen und ihre Bestände möglichst geschlossen zu den mechanisierten Truppen umzurüsten bzw. umzuschulen, um die personelle Dotierung der neu aufzustellenden Panzerverbände der Infanteriedivisionen zu gewährleisten. Nun hatte sich der Nationalrat mit der so entstandenen, tiefgreifenden Differenz, aber auch mit der seither wesentlich veränderten politischen und sachlichen Lage zu befassen.

### Mit knirschenden Zähnen

Im Anschluss an den Entscheid des Nationalrates, der Abschaffung der Kavallerie ebenfalls beizupflichten, gab Oberst A. Meier, Präsident der Vereinigung Schweizerischer Kavallerieverbände, eine Erklärung ab. Sie hat folgenden Wortlaut:

«Wir haben die Schlacht verloren. Wir glauben, sie ehrenvoll verloren zu haben. In Tat und Wahrheit wird sich allerdings erst auf lange Sicht zeigen, wer der wirkliche Verlierer ist: die Armee oder die Kavallerie. Ursprünglich glaubte Bundesrat Gnägi ja auch, mit der Einführung des sogenannten Oswald-Berichtes der Armee einen Dienst erwiesen zu haben. — Als Dragoner und Soldaten nehmen wir den demokratischen Entscheid mit knirschenden Zähnen, aber mit dem Zeigefinger an der Hosennaht, entgegen.»

## Prolog zur Konjunkturdämpfungs-Debatte

### Budget-Reprise im Ständerat

(Wi.-Tel.) Der Ständerat widmete sich am Dienstag der «Nachputzeten» des vom Nationalrat bereits in der ersten Woche behandelten Voranschlags der Eidgenossenschaft sowie des PTT-Butgets 1973. Dass ein

### defizitärer Voranschlag trotz Hochkonjunktur

unterbreitet wird, habe in der Bevölkerung Missbehagen hervorgerufen, erklärte Kommissionsreferent Theus (GR, SVP). Massnahmen sowohl auf der Ausgabenseite wie auf der Einnahmenseite seien unumgänglich, um den Bundeshaushalt angesichts der wachsenden Aufgabenfülle ins Gleichgewicht zu kriegen. Nachfragenüberhang sollte durch die öffentlichen Haushalte nicht noch vergrössert werden. Inflationbekämpfung sei das Gebot der Stunde, wenn man verhindern wolle, dass der immer grössere Einsatz öffentlicher Mittel laufend durch die Teuerung wieder «aufgefressen» werde. Ohne Ausgabenbeschränkung gehe das nicht ab, und diese wiederum habe eine klare Prioritätsordnung der Staatsaufgaben und -ausgaben zur Voraussetzung. Theus scheute sich in diesem Zusammenhang auch nicht, die Schuld des Parlamentes an der Ausgaben-Explosion festzunageln: das Parlament gehe immer wieder über die Anträge des Bundesrates hinaus. Das Parlament müsse in diesem Punkt umdenken. Wie

Aufgrund dieser Situationsänderungen beantragte nun die Militärkommission mit umgekehrter Mehrheit von 10:5 nicht mehr eine wenigstens teilweise Beibehaltung, sondern Zustimmung zum Ständerat auf völlige Aufhebung der Kavallerie. Die Folge davon war eine neue, ausgiebige und temperamentvolle rhetorische Auseinandersetzung, an der sich nochmals 15 Redner beteiligten. Vorweg begründete Baumann (SVP, AG) den Minderheitsantrag, am früheren Beschluss festzuhalten, weil eine Aufhebung der Kavallerie eine Schwächung des Wehrgeistes bedeuten und der in 43 000 Petitionsunterschriften zum Ausdruck gekommenen Volksmeinung zuwiderlaufen würde. In der Folge wurde der Minderheitsantrag von Thévoz (lib., VD), Schalcher (EVP, VS), Bommer (CVP, TG), Degen (SVP, BL), Tissières (CVP, VS), Schwarzenbach (Rep., ZH), Chevallaz (FDP, VD), Bächtold (SPS, VD), Ueltschi (SVP, BE) und Gehler (SVP, BE) entschieden unterstützt, wobei Ueltschi namens der grossen Mehrheit der SVP-Fraktion die Erklärung abgab, sie sei nach wie vor vom taktischen, versorgungspolitischen und wehrpsychologischen Wert der Kavallerie überzeugt und würde deren Aufhebung als massive Schwächung der Armee betrachten. Die Kavallerie dürfe keinesfalls zum Prügelnaben einer Verkettung unglücklicher Umstände gemacht und ebenso nicht zum Opfer des unverständlichen Flugzeugentscheides des Bundesrates werden.

Demgegenüber votierten Haller (SPS, AG), Allgoewer (LdU, BS), Dürrenmatt (lib., BS), Baumberger (FDP, ARh.) und Wagner (SPS, BL) ebenso entschieden für Zustimmung zum Aufhebungs-Beschluss des Ständerates, der allein der militärtechnischen und finanziellen Lage wirklich entspreche. In der modernen Armee sei kein Platz mehr für militärische Romantik, für die insbesondere auch die Jugend kein Verständnis habe.

Bundesrat Gnägi schloss die Debatte, indem er nochmals die für den Aufhebungsantrag des EMD massgeblichen und entscheidenden Gründe resümierte. Rein militärisch sei die Verstärkung der Infanteriedivisionen durch Panzerverbände mit modernem Material notwendig — doch könne infolge Bestandeslücken das erforderliche Personal nur durch Umschulung anderer, wenig kampfstarker Verbände (eben der Kavallerie!) gewonnen werden; finanziell befinde sich das EMD in einem Engpass, so dass die jährlichen Kosten von 12 Mio Franken für die Beibehaltung der Kavallerie und die für diesen Fall erforderlichen Investitionen von rund 60 Mio Franken als untragbar erscheinen müssten. Schliesslich dürfe in wehrpsychologischer Hinsicht nicht nur der wiederholt erwähnte, aber überbrückbare Graben zwischen Deutsch und Welsch gesehen werden, sondern es müsse vor allem vermieden werden, dass ein Graben gegenüber der Jugend entstehe, die für Reiterromantik kein Verständnis mehr habe.

weit es dazu willens und fähig ist, wird die Debatte über die vom Bundesrat vorgeschlagenen dringlichen konjunkturpolitischen Massnahmen erweisen. Die

### Mahnung zur Ausgabenplanung und zu einer «besseren Konjunkturgesinnung»

zog sich auf wie ein roter Faden durch die anschließende Eintretensdebatte und die Detailberatung. Im Gegensatz zu früheren Budgetdebatten spielte das Seilziehen um einzelne Positionen höchstens am Rande und bei Ausnahmen eine Rolle: statt seiner lag das Schwergewicht auf der «allgemeinen Lagebeurteilung», und diese nahm sich aus wie der Prolog zur konjunkturpolitischen Debatte, die der Ständerat für die dritte Woche «ob hat».

Luder (SO, rad.) nannte die Ausgabenentwicklung ein «warnendes Flammenzeichen». Man sollte sich endlich der Bedeutung der Tatsache bewusst werden, dass seit Jahren die Ausgabensteigerung jene des Bruttosozialprodukts übertrifft. Die Ausgaben seien sektorenweise zu planen und die Einhaltung des Plans laufend zu kontrollieren, für neue Ausgaben sei für entsprechende Deckung auf der Einnahmenseite zu sorgen. Wo der Wille zum Masshalten fehle, sei das Masshalten eben zu erzwingen. Die angespannte Finanzsituation ist sodann, wie Leu (LU, CVP), hervorstrich, nicht nur unter dem Ge-

Damit war die Streitfrage entscheidungsreif. Der Entscheid fiel deutlicher aus, als aufgrund der Debatte hätte erwartet werden können, denn der Rat beschloss mit 91:71 Stimmen Zustimmung zum Ständerat — und damit Auf-

### hebung der Kavallerie. Friedenssicherung und Panzer

Den Abschluss der Beratungen bildeten zwei persönliche Vorstösse im Bereiche des EMD. Hubacher (SPS, BS) nahm eine frühere Motion Arnold auf, die nach einer «neuen Konzeption der Ge-

### Nun: Hände an die Hosennaht!

Bundesrat Gnägi erklärte in seinem Schlusswort vor dem Nationalrat, dass der Geist der Kavallerie anerkanntermassen ausgezeichnet sei. Wenn diese Truppe nun aufgehoben werden soll, so möge dieser Geist doch beibehalten werden. Es zeugte von einer echt soldatischen Einstellung, wenn die Kavalleristen die Hände jetzt an die Hosennaht legten und den Entscheid mannhaft hinnähmen.

samtverteidigung» rief, die zeigen solle, «wie für unser Land eine optimale Friedensstrategie durch waffentechnische und militärische Beschränkungen, verbunden mit zivilen Massnahmen und Dienstleistungen» erreicht werden könne. Bundesrat Gnägi war mit dem Motionär der Meinung, dass die Friedenssicherung zu den wichtigsten Aufgaben überhaupt gehöre. Gerade für den neutralen Staat schliesse dies aber die militärische Verteidigungsbereitschaft in sich, doch könne dies allein nicht genügen, sondern die militärische Landesverteidigung müsse in eine umfassende Gesamtverteidigung integriert werden. Nur in diesem Sinne nahm er die Motion lediglich als Postulat entgegen — womit Motionär und Rat einverstanden waren.

Eine vom jetzigen Bundesrat Furgler vor bald zwei Jahren eingereichte Motion über die Verstärkung der Panzerabwehr wurde von Albrecht (CVP, NW) aufgenommen und dahin begründet, dass die Infanterieverbände mehr leistungsfähige Panzerbekämpfungsmittel benötigen, alle Infanteriedivisionen der Feldarmee inkl. Grenzdivisionen Kampfpanser eingegliedert erhalten sollen und die Infanterieregimenter mit modernen Panzerabwehrmitteln zu verstärken seien. Bundesrat Gnägi anerkannte die Berechtigung des Begehrens und teilte mit, die Kommission für militärische Landesverteidigung werde sich schon bald mit den sich daraus ergebenden organisatorisch-personellen, finanziellen und technischen Fragen zu befassen haben. Er war bereit, die Motion als solche entgegenzunehmen und der Rat erklärte sie oppositionslos als erheblich.

sichtswinkel des Bundes, sondern aller «öffentlichen Hände» zu beurteilen. Auch die Kantone und viele Gemeinden weisen für 1973 Budgetdefizite aus, zusammen ergeben sie einen Fehlbetrag von 2,1 Milliarden! Dagegen nimmt sich das Defizit des Bundes noch klein aus mit seinen 196 Millionen, aber auch so ist die Situation der Bundesfinanzen noch alarmierend genug. Mahnzeichen sind neben der massiven Steigerung der Sozialausgaben um 52 Prozent die auf vier Milliarden angeschwollenen Personalaufwendungen und die unerhört grossen Nachtragskredite für 1972 (eine halbe Milliarde!). Man müsse, so Leu, es sich wieder abgewöhnen, immer und überall bei der Anwendung gesetzlich gebundener Ausgaben gleich auf die höchsten Ansätze zu gehen.

Der St.Galler Sozialdemokrat Eggenberger anerkannte: Der Bundesrat hat versucht, der Teuerung bei der Budgetgestaltung entgegen zu wirken. Die vorgeschlagenen Budgetkürzungen seien tragbar. Eggenberger wandte sich gegen die Auffassung, dass die Militärausgaben sich im Gleichschritt mit dem Bruttosozialprodukt entwickeln «müssen», das sei ein untaugliches Kriterium, tauglich sei einzig der Nachweis der Notwendigkeit der einzelnen Ausgabe. Schliesslich kritisierte Eggenberger die Kreditausweitung durch die Banken, die sich nach dem Wegfall der freiwilligen Kreditbeschränkungen als Konjunkturanheizer betätigt hätten.

Der Glarner Hefti (rad.) schliesslich bat um Verständnis für die Budgetüberschreitungen bei vielen Gemeinden, die-

se seien nämlich grösstenteils bedingt durch vom Bund ihnen übertragene Aufgaben.

### Celio: Wachstumspause unerlässlich!

Finanzminister Celio eröffnete, soeben habe er die Finanzplanung 1974/75 verabschiedet, wobei er habe feststellen müssen, dass es dannzumal ohne Opfer nicht abgehen werde. Wenn man dannzumal ein ausgleichendes Budget haben wolle, werde die Sparübung wiederholt und verstärkt werden müssen. «Wir werden schwierige Zeiten haben», prophezeite Celio, um beizufügen, man stelle heute zu grosse Ansprüche an den Staat. «Nur eine Wachstumspause kann uns retten!», rief der Finanzminister den Parlamentariern zu, um bei dieser Gelegenheit ein paar erste Schlaglichter auf das konjunkturpolitische Massnahmenpaket zu werfen, das der Bundesrat am Vortag zuhanden des Parlamentes verabschiedet hatte. Die Massnahmen nehmen vor allem die Kreditausweitung aufs Korn. Es werden vor allem die von gewissen Banken masslos forcierten «Kleinkredit»-Geschäfte abgedämpft werden. Die Reklame für die Ausgabenfreudigkeit habe sich verhängnisvoll ausgewirkt. Man werde die Kredite sehr einschränken, kündigte der Hüter der eidgenössischen Finanzen an. Dazu werden Massnahmen kommen, die der Bundesrat in eigener Kompetenz beschliessen könne. Er werde auch nicht zulassen, dass erneut auf dem Nachtragskreditwege der aufgestellte Haushaltsplan aus den Fugen gebracht werde. Der Bundesrat sei sich dessen bewusst, dass er sich unbeliebt machen werde, aber nachdem man es sich so sehr angewöhnt habe, in diesem Lande über den eigenen Stand zu leben, bleibe nichts anderes als hartes Durchgreifen — allerdings nicht nach «Schema X»: man werde vielmehr differenzieren, weil man nicht einfach vom heutigen übertriebenen Wachstum schockartig auf «Wachstum null» umschalten könnte, ohne unheilvolle Folgen anzurichten. Die wirtschaftliche Situation in den einzelnen Regionen und Branchen sei zu ungleich, als dass man alles über einen Leisten schlagen dürfe.

Der Maschinenindustrie gehe es zum Beispiel gar nicht so rosig, wie viele meinen, und auch in der Uhrenindustrie sei die Situation gar nicht einheitlich. Nötig sei zwar eine Bremsung, die einen gewissen Schock auslöse, nicht aber ein Stillstand.

### In der departementsweisen Beratung

des Voranschlags wurde mit 20:6 Stimmen ein schon im Nationalrat unterlegener Antrag, auf die beantragte Erhöhung des Beitrages an die Filmförderung zu verzichten, abgelehnt.

Beim Abschnitt «Politisches Departement» wurde die Frage nach dem Nutzen unserer Botschaft in Hanoi aufgeworfen, beim «Inneren» wurden die zunehmenden Expertenhonoreare kritisiert.

Das Budget des Verkehrsdepartements gab zur kritischen Bemerkung Anlass, hoffentlich seien die 1,7 Millionen für die Gesamtverkehrskonzeption nützlich «angelegt».

Die Detailberatung des Budgets wird mit den verbleibenden Abschnitten «EMD» und «EMV» am Mittwoch zu Ende geführt.

### PTT-Voranschlag: Ebenfalls Ausgabenexplosion

Der Ständerat verabschiedete am Dienstag noch das PTT-Budget 1973. Referent Munz (TG, rad.) wies darauf hin, dass sich hier die Inflation besonders unangenehm auswirke. Die grosse Aufwandssteigerung ist zur Hauptsache eine Folge der Teuerung. Gegenüber dem Budget 1972 beträgt die Ausgabensteigerung 524 Mio Franken oder fast 16 Prozent! Es sei nicht damit zu rechnen, dass die PTT die Defizite der Jahre 1971 und 1972 ganz aus eigener Kraft meistern werde. Dabei seien die Prognosen für die bevorstehenden Jahre noch düsterer.

Mit 28:0 Stimmen wurde das PTT-Budget vom Rate genehmigt.

### Gemeindewahlen in Delsberg

(sda) Bei den Wahlen für den neu geschaffenen, 51köpfigen Stadtrat (Legislative) in Delsberg haben die Freisinnigen und die Unabhängig-Christlichen zusammen mit je 14 am meisten Sitze errungen. Die weitere Sitzverteilung: Sozialdemokraten 13, Partei der «Parteilosen» 5, Christlichdemokraten 3 und Partei der Arbeit 2. Der Exekutive gehören wie bisher 2 Freisinnige, 2 Unabhängig-Christliche und 2 Sozialdemokraten an. Der Gemeindepräsident ist ebenfalls ein Sozialdemokrat.